

Wahlprüfsteine 2013

Aktuelle Themen, die bewegen – leicht lesbar!

Der Bundesverband Alphabetisierung und Grundbildung bringt sich auch im Wahljahr 2013 ein und fragte bei den Parteien ihre politische Positionen ab. Die Mitarbeiter des [RAUS-Projektes](#) haben den Bundestags-Parteien Fragen zur Bundestagswahl übermittelt und gebeten, ihre Positionen und Konzepte einzubringen.

Wie bereits bei den Wahlprüfsteinen 2009 haben alle im Bundestag vertretenen Parteien auf die Prüfsteine geantwortet. Weiterhin veröffentlichen wir auf Wunsch der Piratenpartei auch ihre Positionen.

Die Parteien äußerten sich zu wahlentscheidenden Themen - in kurzen, einfachen und leicht verständlichen Sätzen.



Hier die Antworten von
der Freien Demokratische Partei (FDP)

1.) Wie steht Ihre Partei dazu, dass Deutschland andere EU-Staaten finanziell unterstützt?

Einige Staaten in der Europäischen Union haben gerade große finanzielle Probleme. Sie haben in der Vergangenheit viel mehr Geld ausgegeben, als sie durch Steuern, Abgaben, Zölle etc. eingenommen haben. Um ihre Ausgaben zu finanzieren haben sie deshalb Schulden gemacht. Das heißt, sie haben sich Geld geliehen. Diese Schulden müssen auch irgendwann zurückgezahlt werden.

Die Schulden der Staaten waren so hoch, dass sie kein Geld mehr hatten, um ihre alten Schulden zu bezahlen. Auch die Löhne der Angestellten der Staaten konnten nicht mehr bezahlt werden. Die Staaten waren fast pleite. So kam es dazu, dass

Kontakt

Bundesverband Alphabetisierung und Grundbildung e.V. Berliner Platz 8-10 48143 Münster
Andreas Brinkmann Tim Tjettmers
0251-49099641 0251-49099642
a.brinkmann@alphabetisierung.de t.tjettmers@alphabetisierung.de

einige europäische Staaten gerade sehr große Finanz-Probleme haben. Wir wollen diesen Staaten helfen. Denn diese Staaten sind unsere Freunde und Partner. Die Europäische Union ist für uns wie eine Familie. Und die Staaten sind die Familien-Mitglieder. In einer Familie hilft man sich. Darum unterstützt Deutschland die anderen EU-Staaten auch finanziell.

Wir geben den anderen Staaten aber nicht einfach Geld. Die anderen Staaten müssen Geld sparen und dürfen nicht mehr so viel ausgeben. Sie mussten uns versprechen, dass sie künftig mit ihrem Geld besser und sparsamer umgehen. Wir helfen ihnen auch, ihre Verwaltung besser und günstiger zu machen. Und die Staaten mussten uns versprechen, dass sie ihrer Wirtschaft helfen, wieder auf die Beine zu kommen, indem sie ihre verkrusteten Strukturen reformieren, um vor allem der Jugend auf dem Arbeitsmarkt eine Chance zu geben. Diese Versprechen haben wir uns in Verträgen garantieren lassen. Alle Staaten mussten die Verträge unterschreiben. Denn für uns gilt: Wer Hilfe von anderen möchte, der muss auch selbst einen Beitrag leisten.

2.) Was tut Ihre Partei dafür, dass es mir in Zukunft trotz Finanzkrise nicht schlechter geht?

Stabiles Geld ist ein Eckpfeiler jeder freien und fairen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung. Das betrifft jeden Menschen auch ganz persönlich. Denn Inflation bedeutet die Vernichtung von Ersparnissen und die Entwertung der eigenen Lebensleistung. Die Soziale Marktwirtschaft ist ohne eine konsequente Politik der Geldwertstabilität daher nicht denkbar. Denn Geldwertstabilität schützt die Einkommen und das Eigentum. Vor allem von Menschen mit kleinen Ersparnissen, Geringverdienern und Rentnern. Inflation ist die größte soziale Ungerechtigkeit, die man sich vorstellen kann. Geldwertstabilität ist deutsche Staatsraison. Die Stabilitätskultur ist unsere Mitgift für Europa. Das gilt auch und gerade, wenn es darum geht, die Menschen vor negativen Folgen der Finanz- und Staatsschuldenkrise zu schützen. Die FDP steht daher für stabiles Geld und für sichere Ersparnisse.

3.) Wie will Ihre Partei sichern, dass ich sozial abgesichert bleibe?

In der Sozialpolitik wollen wir Chancen schaffen statt Mangel verwalten. Wir wollen die Voraussetzungen schaffen, dass sich jeder Mensch in unserem Land frei entfalten, Hindernisse überwinden und nach seinen Vorstellungen glücklich werden kann. Die faire Chance auf die Erfüllung des eigenen Lebensstraums muss von der Herkunft abgekoppelt werden. Deshalb haben Investitionen in Bildung für uns Priorität. Deswegen haben wir die Investitionen des Bundes für Bildung und Forschung auf die Rekordhöhe von 13,75 Mrd. Euro gesteigert. Das sind 40 Prozent mehr als im Jahr 2005.

Chancen schaffen wir, indem wir die Sozialsysteme weiter verlässlich machen und den tatsächlichen Bedürfnissen der Menschen anpassen. Wir wollen die Kosten im Griff behalten und damit die Voraussetzung schaffen, dass auch in Zukunft jedem geholfen werden kann, der diese Hilfe benötigt. Vor unserem Eintritt in die Bundesregierung hat die Sozialpolitik in Deutschland nur den Mangel verwaltet: Bei der Bundesagentur für Arbeit klaffte ein Loch von 13,8 Milliarden Euro – und bis 2013 erwartete man ein Defizit von 55 Milliarden. Durch Wachstum und Reformen haben wir diesen Trend in den vergangenen Jahren umgekehrt.

In der Arbeitsmarktpolitik setzen wir nicht auf das Gießkannenprinzip, sondern auf zielgenaue Förderung des Wiedereinstiegs in den Arbeitsmarkt und effektive Kontrolle der Wirksamkeit. Denn vorrangiges Ziel der FDP ist es, Menschen in Arbeit zu bringen. Arbeit ist der beste Schutz vor sozialen Risiken. Hier waren FDP und Union so erfolgreich wie keine Regierung zuvor. Seit Herbst 2009 sind in Deutschland 1,6 Millionen sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze entstanden. Diesen Weg wollen wir fortsetzen. Unsere Politik setzt die richtigen Impulse für weitere Arbeitsplätze.

Der Erfolg unserer Politik: Überschüsse in Milliardenhöhe in der Rentenkasse und echte Haushaltsautonomie für die Bundesagentur für Arbeit – und damit sinkende Beiträge und sichere, hochwertige Sozialleistungen für die Menschen in unserem Land. Damit entlasten wir die Menschen, geben ihnen Sicherheit und helfen jenen, die sich anstrengen, sich allen Einschränkungen und Erschwernissen zum Trotz selbst zu entfalten.

Damit das so bleibt, wollen wir unsere sozialen Sicherungssysteme weiter ertüchtigen und zukunftsfest machen. Dazu wollen wir die Anreize für eine ergänzende private Vorsorge verbessern. In der privaten Pflege-Vorsorgeförderung haben wir einen ersten wichtigen Schritt erreicht. Diesen Weg gehen wir weiter. Auch zur Alterssicherung benötigen wir mehr Eigenvorsorge. Die allgemeine gesetzliche Rentenversicherung allein wird nicht mehr ausreichen, um den Lebensstandard im Alter zu halten. Denn die Menschen leben erfreulicherweise immer länger und beziehen deshalb auch immer länger eine Rente. Dadurch verändert sich das Verhältnis zwischen den Jüngeren, die für die Renten einzahlen, und den Älteren, die die Rente beziehen. Heute liegt es bei 3 zu 1, im Jahr 2030 bei nur noch 2 zu 1. Um die Anreize für die private Vorsorge zu stärken, haben wir Verbesserungen bei der staatlich geförderten Riester-Rente vorgenommen. Wir haben sie transparenter und verbraucherfreundlicher gemacht. Wir wollen außerdem erreichen, dass sich private Vorsorge auch für Geringverdiener immer lohnt. Wer vorgesorgt hat, muss im Alter auch davon profitieren.

4.) Was bedeutet für Ihre Partei „gerechter Lohn“?

Die Höhe des Lohns wird durch viele Faktoren bestimmt. Dazu zählen die Anforderungen an die Tätigkeit, die Auftragslage des Unternehmens, aber auch die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung. Außerdem können die berufliche Erfahrung des Beschäftigten, seine Qualifikationen und konkreten Arbeitsleistungen die Lohnhöhe beeinflussen. Es ist das Recht und die Pflicht von Arbeitnehmern und Arbeitgebern, sich auf einen konkreten Lohn zu verständigen. Sie können am besten entscheiden, welches der richtige Lohn für eine bestimmte Tätigkeit ist. Oft haben auch Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände Einfluss auf die Festlegung von Löhnen in bestimmten Branchen oder für bestimmte Berufsgruppen. Unter Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte ist der ausgehandelte Lohn im allgemeinen der „gerechte“ Lohn. Liegen dieselben oder ähnliche Voraussetzungen bei mehreren Arbeitnehmern vor, wird meist der gleiche Lohn gezahlt. Unterscheiden sich bspw. Qualifikation, Erfahrung und Leistung des Arbeitnehmers oder der Arbeitnehmerin, können die Löhne

abweichen. Auch dies ist „gerecht“, denn Unterschiedliches ohne sachlichen Grund gleich zu behandeln, wäre willkürlich und ungerecht.

Die Festlegung des Lohns ist also am besten bei den Beteiligten aufgehoben. Dies funktioniert im Allgemeinen sehr gut. In einzelnen Fällen kann es jedoch sein, dass die Arbeitnehmer in einer schwachen Position gegenüber dem Arbeitgeber sind und kaum Spielraum für Lohnverhandlungen haben. Gerade bei sehr einfachen Tätigkeiten und Arbeitnehmern mit geringer oder ohne fachliche Qualifikation kann dies vorkommen. Auch in diesen Fällen muss gelten: Wer sich anstrengt, soll entsprechend seiner Leistung fair entlohnt werden. Deshalb setzen wir Liberalen uns dafür ein, dass in denjenigen Branchen, wo es notwendig erscheint, Lohnuntergrenzen eingeführt werden.

Wir haben in der schwarz-gelben Koalition in Branchen mit über 2 Millionen Beschäftigten Lohnuntergrenzen neu eingeführt, die vorher von Gewerkschaften und Arbeitgebern ausgehandelt wurden. Wir wollen diesen Weg weiter gehen und Branche für Branche weitere Lohnuntergrenzen ermöglichen. Ansatzpunkt sind die Löhne, die von Gewerkschaften und Arbeitgebern in Tarifverträgen ausgehandelt werden. Dazu wollen wir die bestehenden Mindestlohnregelungen verbessern. Einen einheitlichen flächendeckenden Mindestlohn lehnen wir hingegen strikt ab. Eine pauschale Lohnfestsetzung geht nicht auf die regionalen und branchenspezifischen Besonderheiten ein. Sie landet außerdem direkt oder indirekt in der Hand der Politik. Dies führt dann zu Überbietungswettkämpfen der Parteien und schadet dem Arbeitsmarkt. Leidtragende eines Einheitsmindestlohns wären Langzeitarbeitslose und Geringqualifizierte.

5.) Was unternimmt Ihre Partei, damit Familie und Beruf für mich vereinbar sind?

Wir wollen, dass Eltern neben ihrem Beruf mehr Zeit für ihre Familie haben. Wir Wenn man die Familien fragt: „Was ist die größte Hürde, um Familie und Beruf in Einklang zu bringen?“, dann ist die häufigste Antwort: „Es fehlen Kinderbetreuungsplätze“. Hier hat die Bundesregierung viel getan. Am 1. August tritt der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder unter drei Jahren in Kraft. Das heißt, der Staat garantiert, dass jeder, der einen Platz will, auch einen bekommen muss. Der Bund gibt bis 2014 5,4 Mrd. Euro für Kitas aus und

unterstützt die Länder bei den Betriebskosten jedes Jahr mit 845 Mio. Euro. Der Bund fördert auch die Einrichtung von Kitas in Betrieben und unterstützt 4.000 Schwerpunkt-Kitas in sozialen Brennpunkten finanziell. Dort werden Kinder gefördert, die kein Deutsch sprechen. Als zweites Problem nennen viele Familien die mangelnde Zeit zur Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger. Auch da hat die Bundesregierung aus Union und FDP etwas getan. Wir haben die Familienpflegezeit eingeführt. Arbeitgeber und Arbeitnehmer können vereinbaren, dass der Arbeitgeber weniger Zeit arbeitet (z.B. nur 50 Prozent), aber z.B. 75 Prozent des alten Gehalts bekommt. Die Zeit kann er nutzen, um pflegebedürftige Angehörige zu betreuen. Danach arbeitet er wieder 100 Prozent, bekommt aber nur 75 Prozent vom alten Gehalt. Arbeitgeber und Arbeitnehmer können die Familienpflegezeit beispielsweise für zwei Jahre vereinbaren. Falls der Arbeitgeber während der Zeit krank wird und später nicht nacharbeiten kann, greift eine Versicherung.

Viele Unternehmen bieten ganz unterschiedliche Arbeitszeiten an. Der Bund zeichnet Firmen aus, die das besonders gut machen. Das geht z.B. mit Arbeit am Computer von Zuhause aus oder mit Teilzeitarbeit, bei der sich zwei Mitarbeiter einen Arbeitsplatz teilen, dann haben beide Zeit für die Kinder. In den nächsten Jahren muss der Kita-Ausbau weitergehen. Ganz wichtig ist aber, dass die Qualität der Betreuung stimmt. Sonst haben Eltern kein Vertrauen, dass die Kinder wirklich gut aufgehoben sind.

6.) Was tut Ihre Partei dafür, dass Wohnen bezahlbar bleibt?

Für ein nachfragegerechtes Wohnraumangebot ist der Neubau von Wohnungen gerade in wachsenden Städten notwendig. Stärkere staatliche Eingriffe in die Preisbildung bei Neuvermietungen und Sanierungsverbote gefährden den Wohnungsbau und werden deshalb von uns abgelehnt.

Zur Verbesserung der Rahmenbedingungen im Mietwohnungsbau wollen wir die degressive Abschreibung (AfA) wieder einführen. Außerdem haben wir, um mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und Flächenverbrauch zu begrenzen, durch die Novellierung des Bauplanungsrechts (z.B. Wiedernutzung von Brachflächen, vereinfachte Ausweisung von Bebauungsplänen) Baumaßnahmen und Nachverdichtungen im innerstädtischen Bereich erleichtert.

7.) Was leisten Sie im Bereich Datenschutz im Internet sowie für die Freiheit im Netz?

Wir setzen uns für Datenschutz und Freiheit im Internet ein! Wir haben die Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung verhindert. Wir haben die ELENA-Datenbank abgeschafft. Die bereits gespeicherten Daten wurden gelöscht. Außerdem haben wir die Internetsperren abgeschafft und das Prinzip „Löschen statt Sperren“ bei der Bekämpfung von Kinderpornographie durchgesetzt. Wir haben keine neuen Sicherheitsgesetze eingeführt und bereits bestehende Sicherheitsgesetze zugunsten der Bürgerrechte geändert. Mit der Gründung der Stiftung Datenschutz tragen wir zu einem modernen Datenschutz bei. Die Stiftung soll den Menschen beim Schutz der eigenen Daten helfen und Angebote im Internet auf Datenschutz testen.

Die FDP ist auch weiter gegen die Vorratsdatenspeicherung und andere anlasslose Datensammlungen. Wir wollen die heimliche Online-Durchsuchung von Computern abschaffen. Polizei und Nachrichtendienste müssen getrennt bleiben. Wir wollen hohe Hürden für Telekommunikationsüberwachung verankern und einen besseren Grundrechtsschutz bei Sicherheitsgesetzen. Die Nachrichtendienste sollen stärker durch das Parlament kontrolliert werden als bisher. Sie sollen keine neuen Befugnisse erhalten.

8.) Wo will Ihre Partei im Bereich Bildung Schwerpunkte setzen?

Die FDP will bessere Kitas, Schulen und Universitäten. Weil junge Menschen sehr unterschiedlich sind, brauchen sie auch unterschiedliche Bildungsangebote. Wir wollen Wahlfreiheit, weniger Bildungsbürokratie und mehr Wettbewerb zwischen den Schulen.

Die FDP-CDU-Regierung hat sehr viel mehr Geld für Bildung und Forschung ausgegeben als die Regierungen davor. Wir investieren mittlerweile 14.000.000.000 Euro. Die letzte Regierung von SPD und Grünen gab für Bildung und Forschung nur 8 Milliarden Euro aus. Mit dem Geld haben wir für mehr Studienplätze gesorgt. Studenten bekommen mehr BAföG und ein höheres Stipendium. Die Berufsausbildung wurde mit unserem Bildungsketten-Programm gestärkt.